

**Antrag /I/2018 KDV Neukölln**

**Arbeiter\*innenbewegung, Arbeitskampf und betriebliche Mitbestimmung als verpflichtende Module im Unterricht verankern**

**Beschluss:**

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Berliner Senats dazu auf, sich dafür einzusetzen,

- in den Rahmenlehrplänen der Fächer Geschichte und Sozialkunde für die Sekundarstufe I,
- in den Rahmenlehrplänen der Fächer Geschichte und Politik für die Sekundarstufe II sowie
- im Rahmenlehrplan des perspektivisch eingeführten Faches Politik für die Sekundarstufe I

die Module „Arbeiter\*innenbewegung“, „Arbeitskampf“ und „betriebliche Mitbestimmung“ als Pflichtmodule zu verankern.

Die genannten Themen sind dabei sinnvoll in die Pflichtmodule einzubetten. Bei der Integration dieser Pflichtmodule ist darauf zu achten, dass sich alle Schüler\*innen innerhalb der Sekundarstufe I unabhängig von der Fächerwahl, Schulform und ihres erreichten Schulabschlusses mit den Grundlagen dieser Module auseinandergesetzt haben. In der Sekundarstufe II erfolgt die Vertiefung dieser Module.

**Überweisen an**

AH Fraktion, Senat

**Stellungnahme(n)**

**Stellungnahme der AH-Fraktion 2020 (AK II):**

Im AK II liegt derzeit keine Initiative zur Überarbeitung des Rahmenlehrplans Politische Bildung vor. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie hat sich in einer Anhörung im Jahr 2017 und deren Auswertung im Januar 2018 zuletzt ausführlich mit der Einführung der neuen Rahmenlehrpläne im Jahr 2018 befasst. Im derzeitigen Rahmenlehrplan des Fachs Politische Bildung in der Sek I finden die Module Arbeiter\*innenbewegung, Arbeitskampf und betriebliche Mitbestimmung bisher keine Erwähnung.

Die Erstellung von Rahmenlehrplänen ist Exekutivhandeln.